

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates (Auszug)

Waldshut-Tiengen,
01. Juli 2019

Beginn der Sitzung: 18:07 Uhr
Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Ort: Waldshut, Öffentliche
Stadthalle Sitzung

Zu Beginn der Sitzung informiert Bürgermeister Joachim Baumert über die vorangegangene Sitzung des Bau- und Umweltausschusses.

52.

Volkshochschule Waldshut-Tiengen:

a) Jahresbericht 2018 und Programm 2019/20

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank begrüßt Martina Erdmann als Leiterin der Volkshochschule und Cindy Fehrenbacher als Geschäftsführerin. Anhand einer Präsentation berichten beide über den Erfolg der Volkshochschularbeit im Jahr 2018. Im vergangenen Jahr erzielte die Volkshochschule mit 77% Kostendeckung ein gutes Ergebnis. Es konnten mehr Teilnehmer gewonnen und mehr Unterrichtseinheiten durchgeführt werden.

Auch im kommenden Jahr seien viele attraktive Kurse und Vorträge im Angebot.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, erkundigt sich nach der Kooperation mit Firmen. Martina Erdmann berichtet, dass Unternehmen auf die Volkshochschule zukommen und Wünsche zu einem Kursangebot formulieren. Die Dozenten der VHS seien sehr flexibel und so könnten passgenaue Kurse insbesondere im Bereich der Sprachen durchgeführt werden.

Stadträtin Rita Mosel, CDU-Fraktion, freut sich über das Schachangebot für Kinder in den Ferien und bekräftigt die gute Arbeit der VHS.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den VHS-Bericht des Jahres 2018 zur Kenntnis und beschließt das Konzept des neuen Jahresprogramms für den Zeitraum September 2019 bis August 2020 wie vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

b) Umstrukturierung der Gebühren in Staffelgebühren

Die Gebührenstruktur der Sprachkurse soll vereinfacht werden. Martina Erdmann erläutert die entsprechenden Eckpunkte. Ziel sei es, mehr Transparenz für die Teilnehmer zu erreichen und den Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Es sollen Gebühren für Klein- und Minigruppen definiert werden, so dass die Gebühren auch bei einer Veränderung der Teilnehmerzahlen seltener angepasst werden müssten.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, erkundigt sich, ob man nicht einheitliche Gebühren erheben könne: Über einen eventuellen Gewinn bei Teilnehmerzahlen über 10 Personen könne man die Mehreinnahmen erzielen, um auch Kurse mit weniger Teilnehmern mit zu finanzieren. Martina Erdmann erläutert, dass ein Hauptteil der Kurse unter 10 Personen laufen würden und die Gebühren daher sehr hoch sein müssten, um das entsprechende Ergebnis zu erzielen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Umstrukturierung der Gebühren für Sprachkurse in Staffelgebühren wie vorgestellt.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen
2 Nichtteilnahmen

c) Ergänzungen der AGBs

Martina Erdmann erläutert die geplanten Anpassungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen: So soll in Zukunft die WT-Card als Ermäßigungsgrund anerkannt werden. Zusätzlich werde es aus Gründen des Datenschutzes die Weitermeldeliste nicht mehr geben.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Ergänzung der AGBs um die Ermäßigung für Inhaber der WT-Card zu; ebenso der Streichung des Punkts 9 der AGBs (Weitermeldeliste, die aufgrund der DSGVO nicht mehr ausgeteilt werden dürfen).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

d) Sonderbudget für besondere Vorträge

Martina Erdmann möchte mit dem Gemeinderat die Frage diskutieren, ob die Möglichkeit bestehe, für besondere Vorträge ein höheres Honorar zu vereinbaren. Hintergrund sei, dass für besonders qualifizierte Referenten das übliche Honorar nicht angemessen sei und damit keine entsprechenden Referenten gefunden werden könnten. Gleichzeitig würden diese Art Vorträge viel Aufmerksamkeit und interessiertes Publikum anziehen und der Volkshochschule insgesamt guttun.

Der Gemeinderat diskutiert dieses Thema. Es werden verschiedene Möglichkeiten erwogen. Jeweils pro Vortrag vorab einen entsprechenden Beschluss im Verwaltungs- und Sozialausschuss einzuholen, scheidet aufgrund des zeitlichen Vorlaufs der Kursplanung aus. Martina Erdmann berichtet, dass diese Vorträge mit Voranmeldung laufen und im Notfall auch abgesagt werden könnten. In dem Fall würde kein Honorar fließen.

Stadträtin Sylvia Döbele, SPD-Fraktion, regt eine Zusammenarbeit z.B. mit dem Medienhaus Südkurier oder der Sparkasse an, da diese beiden Institutionen ebenfalls Vorträge zu aktuellen Themen mit fachlich hochqualifizierten Referenten durchführen würden.

Nach weiterer Diskussion stellt Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, den Antrag, dass die VHS ein Sonderbudget von 2.000 Euro im Haushaltsjahr erhalten soll, das für diese Art Vortrag zur Verfügung steht. Das Honorar darf über den üblichen Honoraren vereinbart werden. Die VHS soll dem Verwaltungs- und Sozialausschuss jeweils über die Verwendung der Mittel berichten.

Beschluss:

Der Gemeinderat stellt der VHS ein Sonderbudget in Höhe von 2.000 Euro zur Verfügung. Dieses ist für besondere Vortragsveranstaltungen zu verwenden. Über die Verwendung soll in einem Jahr im Verwaltungs- und Sozialausschuss berichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen
2 Nichtteilnahmen

e) Bericht über Leitbild – Umfrage an den Gemeinderat

Martina Erdmann berichtet über den Zertifizierungsprozess, den die VHS seit März 2018 durchläuft. Im Rahmen des Prozesses wurde ein Leitbild erstellt. Sie stellt die Kernaussagen des Leitbilds vor. Dieses wird in Form eines Flyers an alle Gemeinderatsmitglieder

ausgeteilt. Es folgt die Bitte, einen begleitenden Fragebogen auszufüllen und bei der Verwaltung wieder abzugeben. Das Umfrageergebnis wird dokumentiert werden.

53.

Einrichtung von Krabbelgruppen durch die AWO Zuschussantrag an die Stadt.

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank führt in die Sitzungsvorlage ein und heißt Andrea Zeiser von der AWO willkommen.

Andrea Zeiser berichtet, dass interessierte Bürger auf die AWO zugekommen seien und sich nach der Möglichkeit einer Eltern-Kind-Gruppe in Tiengen erkundigten. Eine solche Gruppe werde von einer Fachkraft betreut, der Teilnehmerbeitrag betrage 36,00 Euro. Der Kurs solle in Räumen der katholischen Kirche in Tiengen stattfinden.

Nach weiterer Erörterung.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt ab 01.09.2019 Eltern-Kind-Gruppen in der Stadt Waldshut-Tiengen mit 6 Euro pro Kursstunde zu bezuschussen. Eine Doppelbezuschussung wird ausgeschlossen. Die Mittel werden auf der Kostenstelle 10.10.30.30 / Kostenträger 36.50.01.01. / Sachkonto 4318000 außerplanmäßig bereitgestellt (pro Jahr etwa 500 Euro). Die Deckung erfolgt über die Betriebskosten der freien Kindertageseinrichtungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

54.

Mensabetrieb des DRK Kreisverband Waldshut an den städtischen Schulen: Information über baubedingte Übergangsregelung und weitere Planung.

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank führt in die Sitzungsvorlage ein und übergibt das Wort an Brigitte Reichmann. Diese berichtet von den anstehenden Veränderungen. Im Januar solle der Küchenbetrieb der Schule am Hochrhein an die fertiggestellte Mensa an der Heinrich-Hansjakob-Schule wechseln. Von dort aus könne die Verpflegung der Kinder weiterlaufen, wenn an der Schule am Hochrhein anschließend der Küchenumbau starte. Die Küche dort benötige mehr Lager- und Nebenräume. Die Fertigstellung dieser Küche werde auf Sommer 2020 angestrebt, dann ziehe das Team zurück. An der Heinrich-Hansjakob-Schule solle unter Leitung des DRK zu diesem Zeitpunkt ein eigenes Team starten. Die Verwaltung und das DRK würden aktuell eine entsprechende Vorlage für einen gemeinsamen Küchenbetrieb aller dreier Mensen an städtischen Schulen vorbereiten. Es sollen Synergieeffekte im Einkauf und bei Abläufen genutzt werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Information zu den laufenden Planungen zum Betrieb der Schulmensen an den städtischen Schulen zur Kenntnis. Er stimmt zu, den Betrieb der Mensa an der Schule am Hochrhein interimsmäßig an den Standort der Heinrich-Hansjakob-Schule zu verlagern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

55.

Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für die Ersatzbeschaffung eines gebrauchten Gabelstaplers

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank führt in die Sitzungsvorlage ein, Peter Wolf berichtet über das Erfordernis der Neubeschaffung und die Versteigerung des alten Fahrzeugs.

Nach weiterer Erörterung.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, für die Ersatzbeschaffung eines Gabelstaplers außerplanmäßig 15.000 Euro zu bewilligen. Der Deckungsvorschlag ist in der Vorlage genannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

56.

Diakonische Dienste Hochrhein gGmbH Zuschuss für Hospiz

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank führt in die Sitzungsvorlage ein und stellt, als letzten Baustein auf dem Weg zum geplanten Hospiz, die Beseitigung von Altlasten auf dem vorgesehenen Grundstück vor. Für diesen Zweck sollen 135.000 Euro bereitgestellt und eine entsprechende Finanzierungszusage an die Diakonischen Dienste Hochrhein gGmbH ausgesprochen werden.

Stadtrat Markus Ebi, CDU-Fraktion, berichtigt einen Fehler in der Vorlage: Die Bereitstellung des Grundstücks erfolgte in der Sitzung vom 09.07.2018.

Stadtrat Waldemar Werner, CDU-Fraktion, bewertet das geplante Hospiz positiv und spricht sich für die Bereitstellung der Mittel aus.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, möchte ebenfalls, dass die Mittel bereitgestellt werden. Allerdings möchte er, dass auf dem Grundstück so gebaut wird, dass eine Option zur Schaffung einer Bahnunterführung, wie sie die OHA-Initiative (Arbeitsgruppe der Aktionsgemeinschaft zur Oberen Hauptstraße Tiengen) diskutiert, offengehalten werde.

In der weiteren Diskussion erläutert Bürgermeister Joachim Baumert, dass eine solche Unterführung das Grundstück auf seiner kompletten Länge tangieren würde und die geplante Bebauung nicht mehr möglich wäre. Andrea Albert, die Leiterin des Bauverwaltungsamtes, weiß, dass eine solche Eisenbahnkreuzungsmaßnahme ohne Beteiligung der Bahn und ohne Fördermittel bestritten werden müsste. Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank erläutert, dass die Stadt aufgrund anderer Projekte die kommenden zwei Jahre keine Möglichkeiten hätte, ein solches Projekt anzugehen und warnt davor, das Hospiz in Tiengen auf Eis zu legen. Es bestehe die Gefahr, dass es dann in einer anderen Gemeinde des Landkreises entstehen könnte.

Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion, stellt den Antrag, den Zuschuss auf die Hälfte zu reduzieren. Der Landkreis möge sich mehr engagieren.

Klaus Lang, Leiter der Kämmerei, berichtet, dass die Hospizdiskussion inzwischen 2 Jahre laufe und die Verhandlungen mit dem Förderverein und dem Landratsamt abgeschlossen seien. Der Landkreis fördere in Betriebsfragen, Grundstücksfragen seien Sache der Stadt.

Stadträtin Sylvia Döbele und Stadtrat Gerhard Vollmer, beide SPD-Fraktion, erinnern an den Verlauf der Diskussionen zu den bisherigen Unterführungsmöglichkeiten in Tiengen. 1994 hätten alle die Unterführung auf Höhe der Peter-Thumb-Straße haben wollen. Diese seien an wasserrechtlichen, privaten und auch aus Finanzierungsgründen gescheitert.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, spricht sich klar für das Hospiz aus, möchte aber die Frage einer Unterführung an dieser Stelle im Rahmen der Stadtentwicklung nicht aufgeben.

Stadtrat Peter Kaiser, CDU-Fraktion, stellt den Antrag, zum Thema der Tagesordnung zurückzukehren.

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank stellt den Antrag von Stadtrat Paul Albiez-Kaiser zur Abstimmung:

1. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den von der Verwaltung vorgeschlagene Zuschuss zu halbieren.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen
19 Nein- Stimmen
3 Nichtteilnahmen

2. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, zur Entsorgung des Grundstückes Flst.Nr. 350 der Gemarkung Tiengen von Altlasten Sanierungskosten in Höhe von 135.000 € bereitzustellen.

Die Bereitstellung der Sanierungskosten erfolgt wie die bereits beschlossene Veräußerung einer Fläche von 2.500 m² des Grundstückes Flst.Nr. 350 der Gemarkung Tiengen zum Kaufpreis von 170,00 €/m² inklusive Erschließungskosten an die Diakonische Dienste Hochrhein gGmbH sowie der Zuschuss in Höhe von 175.000 € an die Diakonischen Dienste Hochrhein gGmbH im Jahr 2020.

Abstimmungsergebnis:

21 Ja-Stimmen
4 Nichtteilnahmen

57.

Städtische Beteiligung Stadtwerke GmbH: Eigenkapitalerhöhung

Stadtkämmerer Klaus Lang erläutert die Sitzungsvorlage.

Ohne weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt eine Kapitalerhöhung von 3.000.000 € für die Stadtwerke Waldshut-Tiengen GmbH.

Die Mittel stehen auf der Investitionsnummer I995350-01 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

58.

Spenden

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank verliest Spenden gemäß beigefügter Zusammenstellung.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die Entgegennahme und Weiterleitung der in beigefügter Zusammenstellung aufgeführten Spenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

59.

Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

60.

Verschiedenes

Stadtentwicklung Tiengen

Stadtrat Helmut Maier, CDU-Fraktion, erkundigt sich nach dem Stand der beiden Tiengener Großprojekte Volksbank Hochrhein und Klettgau Carrée.

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank erläutert, dass das Projekt laufe Die Verwaltung sei dabei, den Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes auf den 22.07.2019 vorzubereiten. Ein städtebaulicher Vertrag solle ebenfalls beschlossen werden. Die Baugenehmigung hänge von der wasserrechtlichen Genehmigung des Landratsamtes ab. Für die wasserrechtliche Genehmigung würden noch Unterlagen des Investors vorgelegt werden müssen. Die bereits verstrichene Zeit sei der Größe des Projekts geschuldet. Die Interessen aller sollten möglichst Berücksichtigung finden.

Bürgermeister Joachim Baumert berichtet zum Projekt der Volksbank, dass das Baugesuch eingereicht wäre. Der Bebauungsplan liege ebenfalls vor, das Projekt werde vorgestellt.

Verlegung des Kindergartens St. Josef Tiengen

Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, erkundigt sich nach dem Sachstand und macht nochmals auf die Lösungsmöglichkeit der Umgestaltung des ehemaligen Kreispflegeheims aufmerksam. Er schlägt vor, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen.

Ingrid Eble, Leiterin des Hauptamtes, berichtet von Gesprächen mit dem Klinikum Hochrhein GmbH; diese plane, die Räume für Wohnungen und Schulungen zu nutzen. Ebenfalls sei sie mit dem Landrat in Kontakt. Sie werde nochmals bei den Beteiligten nachfragen.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, berichtet von einem Gespräch mit Dr. Hans-Peter Schlaudt und Landrat Dr. Martin Kistler. Beide hätten ein klares Signal für eine entsprechende Prüfung gegeben.

Ingrid Eble sagt zu, sich nochmals zu informieren.

Konus Karte

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, erkundigt sich nach dem Stand zur Einführung der Konus Karte in Waldshut-Tiengen.

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank wird das Thema in den neuen Gemeinderat einbringen. Aktuell gebe es bei den Unternehmen in der Stadt wenig Interesse an der Einführung; er selbst halte das Thema für wichtig, man werde weiter daran arbeiten.

Kolpingbrücke

Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, erkundigt sich nach dem Stand der Sanierung der Kolpingbrücke und ob eine Einweihung geplant wäre.

Bürgermeister Joachim Baumert berichtet, dass diese Woche ein neuer Bauzeitenplan erwartet werde. Voraussichtlich Anfang September könne die Brücke freigegeben werden. Eine Einweihung sei geplant.

Abschluss und Dank

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank bedankt sich bei allen scheidenden Gemeinderäten für das freundschaftliche Miteinander, Kritik und das Einbringen guter Ideen. Die feierliche Verabschiedung werde am 15.07.2019 erfolgen.

Ebenso dankt er der Verwaltung für deren Sachlichkeit. Er dankt den Zuhörern für ihr Interesse und ihre Beharrlichkeit. Ein weiterer Dank geht an die Presse, für das geduldige Ausharren und die sachliche Berichterstattung.

61.

Fragestunde

Gendersprache

Ein Bürger fragt, warum der Oberbürgermeister und die Verwaltung über die Form der Gendersprache entscheide, die von der Stadt benutzt werde und dies nicht auf Grundlage einer Diskussion im Gemeinderat geschehe.

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank wird das Thema in die Fraktionsrunde einbringen.

Fehlentscheidung Spital

Ein Bürger erläutert anschließend, dass Mitglieder des Gemeinderates Fehler bei Entscheidungen in Fragen des Spitals zugegeben hätten. Er fragt nach, ob dies nun Konsequenzen für die Mitglieder des Gemeinderates wie z.B. Gehaltskürzungen hätte, oder ob der Oberbürgermeister Fehlentscheidungen des Gemeinderates akzeptieren würde. Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank sagt eine schriftliche Antwort zu.

Stadtrat Helmut Maier, CDU-Fraktion, erläutert, dass die Spitalentscheidungen von Juristen und Regierungspräsidium geprüft wurden und für die Gemeinde – als fachliche Laien – zum damaligen Zeitpunkt nicht erkennbar gewesen sei, dass die zu beschließende Vorgehensweise negative Auswirkungen auf das Spital haben würde.

Stadträtin Sylvia Döbele, SPD-Fraktion, macht darauf aufmerksam, dass die Entscheidung zur Fusion der beiden Krankenhäuser im Kontext der damaligen Zeit gesehen werden müsse. Das Waldshuter Spital sei gesund gewesen und der Gemeinderat besorgt um den Erhalt des Spitals und hätte deshalb die 60/40 Regelung wollen. Das Fehlen einer Ausstiegsklausel sei ein Fehler gewesen; sie bitte hier um Verständnis. Keiner hätte daran gedacht, dass die Stadt jemals aussteigen müsse. Das sei damals undenkbar gewesen, da das Spital sich jahrzehntlang selbst getragen hätte. Die Entscheidungen der Vergangenheit müssten fair behandelt werden.

gez.

Dr. Philipp Frank,
Oberbürgermeister

gez.

Brigitte Reichmann,
Protokollführerin